

Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 126

Laasphe, Samstag den 23. Oktober 1920

45. Jahrgang

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet vierteljährlich in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 7.50. Bringerlohn monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen Mk. 7.50 ohne Bestellgebühr. — Fernsprecher Nr. 1 —

Bei Anzeigen wird die einseitige Zeile oder deren Raum mit 60 Pfg. berechnet. Reklamezeile bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Girokonto Kreis Sparkasse Laasphe Nr. 89. — Postcheckkonto Cbln 404 40 —

Amtliches.

Bekanntmachung

Durch die Abtretung deutscher Gebiete hat eine große Zahl von Handwerkern aller Berufe ihre Selbstständigkeit verloren, welche bestrebt sind, sich wieder eine Existenz zu schaffen, wozu die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Soweit sich in Gemeinden für Bäcker, Fleischer, Schlosser, Schmiede, Tischler, Zimmerleute, Kausleute, Schuhmacher, Schneider, Schneiderinnen, Blätterinnen usw. Gelegenheit zur Begründung einer Selbstständigkeit bietet, ist der Hauptstelle für Arbeitsnachweis der Geschäftszentrale St. Frankfurt a. O. von den Ortsbehörden bis zum 31. Oktober 1920 Mitteilung zu machen.

Berleburg, den 11. Oktober 1920.

Der Landrat. J. B. Weber, Kreisobersekretär.

Lebensmittel.

Im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten teilt die Westfälische Lebensmittelversorgungsgesellschaft mit:

Das Direktorium der Reichsbrotbäckerei in Berlin teilt uns unterm 11. 10. 20. Nr. 5776 G. 4665 folgendes mit: „Eine Zuweisung von Hafer- und Gerstenerzeugnissen auf Grund einer amtlichen Verteilung erfolgt in diesem Wirtschaftsjahre nicht mehr. Es ist den Rationierungsbetrieben der freie Absatz der Fertigfabrikate überlassen worden, sodass die Verbraucher ihren Bedarf im freien Handel decken können.“

Danach steht nun mit Sicherheit fest, dass die Zwangswirtschaft in Haferfabrikaten jeder Art, Gerstenerzeugnissen, wie Trauben und Gerstengröße usw. aufgehoben hat.

Berleburg, den 18. Oktober 1920.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Kartoffeln.

Folgende Nichtmitglieder des Bandw. Kreisvereins haben sich neuer zur Abgabe von Kartoffeln zum Preise von Mk. 20.— bereit erklärt:

Bergbau: G. Hebrich Haus-Nr. 65; W. Dreisbach Nr. 56; A. Born Nr. 54; Chr. Born Nr. 18. Molkereien: G. H. Benfer Haus-Nr. 3a; W. G. Benfer Nr. 4; C. Widjan Nr. 2b; J. Heber Nr. 7; F. Schaub Nr. 3b; G. Stach Nr. 9; J. Althaus Nr. 5; G. Wagner Nr. 1.

In Niederlaasphe waren die Bemühungen nach Mitteilung des Herrn Gemeindevorstehers erfolglos! Dauerlicherweise muß gesagt werden, daß die Zahl derjenigen Landwirte, welche taufällig die Not der zu versorgenden heimischen Familien zu lindern suchen, im Amt Banse im Gegensatz zu den anderen Bezirken des Kreises auffallend gering ist.

Berleburg, den 17. Oktober 1920.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Zwei Gläser Wasser.

Kriminal-Roman von Hans Wald.

(Nachdruck verboten.)

Wieder erhob sich der Verteidiger Dr. Fischer. „Ich glaube, der Herr Staatsanwalt mißt auch diesem rein menschlichen Vorkommnis eine Bedeutung zu, die ihm nicht gebührt. Der Angeklagte hat jedoch gesagt und sehr zutreffend, seine Verwandten seien auf ihn angewiesen gewesen. Daß sie das waren, bedarf wohl keines Wortes weiter. Und dann sind doch nur ein paar Wochen vergangen gewesen, bis die Anklage erhoben wurde. Wie sollte also da wohl die Zeit und auch die Stimmung für eine Verlobung herkommen? Liebigens ist die junge Dame als Zeugin geladen, und wir werden noch aus ihrem Munde hierüber hören.“

„Es wird sich dann das weitere herausstellen“, gab der Staatsanwalt zu. „Ich habe aber vor der Zeugenbefragung noch eine Anfrage an die Angeklagte zu richten. Sie sagten, Sie hätten keine Kenntnis davon gehabt, daß Dr. Schmieder sehr reich gewesen sei. Sollte nichts vorgelegen haben, woraus Sie das auf hätten schließen können? Wüßten Sie z. B. nicht, daß Ihr Bräutigam dem Angeklagten einen erheblichen Betrag von seinem Bankkonto hatte auszahlen lassen?“

„Das wußte ich“, bejahte Beate, „doch war mir die Höhe des Betrages nicht bekannt. Ich hielt die Sache für eine freundschaftliche Hilfeleistung, wie sie unter Herren nicht ungewöhnlich ist, und hatte nur den Wunsch, daß mein Vetter durch diese materielle Unterstützung nicht von dem Streben nach einer selbständigen, eigenen Existenz abgehalten werde.“

„Hat Ihnen Dr. Schmieder nicht wertvolle Geschenke gemacht, aus denen Sie hätten schließen können, daß er im Besitze von nicht gewöhnlichen finanziellen Hilfsmitteln sei?“

Bei dieser Frage des Staatsanwalts ging es wie ein merkwürdiges Faden durch Ewald Bertrams Körper. Er lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit ihrer Antwort. Beate hatte nichts von seiner Erregung bemerkt, sie erzählte mit unverminderter Ruhe.

Herr Sinowjew.

Das Bild eines kommunistischen Vorkämpfers.

Der Russe Sinowjew, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Exekutivkomitees der dritten Internationale von der Moskauer Regierung zur Sprengung der U. S. P. D. nach Halle entsandt worden war, hat sich auf dem dortigen Parteitag als wilder Vorkämpfer gegen den Kapitalismus gebildet. In Wirklichkeit sieht das Bild der Persönlichkeit des Herrn Sinowjew ganz anders aus. Das „Berliner Tageblatt“ brachte dieser Tage folgende anschauliche Schilderung:

„Herr Sinowjew befindet sich einstweilen in Berlin in einem Hotel in der Dorotheenstraße, wo er sehr viele Besucher empfängt. Neben seine Persönlichkeit werden uns noch einige Mitteilungen gemacht, die wir gewissermaßen als Beitrag zur Kulturgeschichte Sowjetrusslands wiedergeben möchten. Als Herr Sinowjew mit Lenin in der Schweiz lebte, war er offenbar nur mit geringen Mitteln versehen, und seine Lebensführung wies ihm diesem bescheidenen Kassenbestande an. Während Lenin auch nach dem Siege des Bolschewismus auf äußeren Glanz verzichtete, geniesst Herr Sinowjew die Vorteile und Freuden der Macht in vollen Zügen. Herr Sinowjew ist Oberbürgermeister von Petrograd, er bewohnt einen der schönsten Paläste und umgibt sich mit all dem Luxus, der einen Emporkömmling befriedigen kann. Herr Sinowjew benutzt auf Reisen sehr ungern die Eisenbahn. Er besitzt ein Reiseauto, mit dem er sogar die regelmäßigen Fahrten nach Moskau — achthundert Kilometer hin und achthundert zurück — erledigt, während es in Russland sonst an Benzin natürlich fast völlig fehlt. Auf seinen Fahrten hat er einen Koch, einen Kammerdiener und einen Sekretär bei sich. Sein Koch scheint vorzüglich zu kochen, denn Herr Sinowjew, der in der Schweiz nicht gerade durch Körperfülle auffiel, ist in dem verhungerten Russland so dick und fett geworden, daß er wie

das Neffeküchlein eines Schlemmerrestaurants erscheint. Es war für alle, die nicht bloßsinnig und durch ihren Parteibesz vertieft sind, ein besonders packendes Bild, als diesem runden Revolutionsgewinnler, diesem umhüllten „Proletariatsführer“, der abgehäutete, franke, ausgezehnte alte Menschendiener Martow gegenüberstand. Martow war noch vor einigen Jahren ein sehr kräftiger Mann, ein nie ermüdender, fortwährender Redner, aber die Bolschewisten sorgen durch die edle Methode der Nahrungsentziehung dafür, daß ihre Gegner magerer werden. Es ist noch zu erwähnen, daß Herr Sinowjew der Universität in Be-

lograd seinen Namen verliehen hat. Diese wissenschaftliche Anstalt, jetzt „Universität Sinowjew“, ist auf diese Weise sehr geehrt worden. In Halle wohnte Herr Sinowjew mit seinem Gefolge im Hotel „Hohenpollern“. Er hatte dort vierzehn Zimmer belegt, hatte fortwährend Autos zu seiner Verfügung, die vor der Tür auf ihn warteten, und ließ sich, wie wenigstens berichtet wird, nachts von zwei zuverlässigen Wächtern bewachen.“

So sieht der Führer des russischen Proletariats in Wirklichkeit aus. Das hinderte die Gefinnungsgenossen des Neukommunisten Adolf Hoffmann in Halle keineswegs, dem „tapferen Vorkämpfer der Weltrevolution“ und dem „Führer des notleidenden Proletariats“ begeistert zuzujubeln.

Abgang der Russen erst am 23. ds. Mts.

Die beiden russischen Sowjetdelegierten Sinowjew und Losowski haben allen Anschein nach mit ihrem Einspruch gegen die sofortige Ausweisung Erfolg gehabt. Sie hatten die Reichsregierung um Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bis zum Abgang des nächsten Dampfers am 23. ds. Mts. gebeten. Wie jetzt verlautet, ist ihnen diese beschränkte Aufenthaltverlängerung zugestanden worden, da sich ihnen tatsächlich vor dem genannten Termin keine Möglichkeit bietet, die Heimkehr nach Russland anzutreten. Die beiden Russen stehen bis dahin unter polizeilicher Aufsicht und werden im Hotel von Polizeibeamten unauffällig bewacht. Irgendeine öffentliche Betätigung ist ihnen auf das strengste untersagt. Sinowjew und Losowski werden am 22. unter Aufsicht von Beamten nach Stettin gebracht werden.

Der Zank um die Firma.

Die alte und die neue U. S. P. D. Der Kampf zwischen den beiden Richtungen der U. S. P. D. beginnt allmählich geradezu groteske Formen anzunehmen. Neben dem Kampf um die Parteipresse und die Kassenbestände ist es vor allem der Zank um die „Firma“. Beide Gruppen, Richtung „Rebour“ und Richtung „Eichhorn“, erheben Anspruch auf die Bezeichnung „unabhängig-sozialdemokratisch“. Die rechte Gruppe hält sich für allein berechtigt, den Namen U. S. P. D. zu tragen, da sie den Grundsätzen dieser Partei treu geblieben sei, während die Linkenunabhängigen angesichts ihrer Haltung gegenüber den kommunistischen Prinzipien das Recht, die alte Firma zu vertreten, verwirkt hätten. Die Gruppe „Eichhorn“ will natürlich aus leicht begreiflichen Gründen diese Beweisführung nicht anerkennen. Denn es kommt ihr zunächst, wie die gewalttätige Besetzung der

Daß er so reich gewesen sei, wie sich später herausgestellt habe, sei ihr freilich nie in den Sinn gekommen.“

„Frau Natin“, nahm jetzt der Staatsanwalt das Wort, „der Dr. Schmieder, ihr zukünftiger Schwiegerohn, war doch eigentlich noch jung, gesund und kräftig. Wie sind Sie denn auf den Gedanken gekommen, ebenfalls in seinem Testament bedacht zu werden? Nach menschlichem Ermessen war doch damit zu rechnen, daß er Sie überleben würde.“

„Die Ursache war eben die Absicht des Doktors, seinen letzten Willen auszuführen, von dem er sich nicht abbringen lassen wollte. Das machte uns alle stutzig, und ich dachte, es muß doch irgend etwas vorliegen, was der Doktor fürchtet. Er wollte sich vielleicht nicht klar darüber aussprechen.“

„Sie haben also mit Ihrer Tochter über die Sache verhandelt?“

„Gewiß. Aber Beate wollte nichts davon hören, obwohl sie doch die Sache nahe genug anging. Sie hätte es wohl am liebsten gesehen, wenn der Doktor ganz und gar von seiner Absicht, das Testament zu machen, abgekommen wäre.“

„Haben Sie auch mit Ihrem Neffen, dem Angeklagten Bertram, über die Angelegenheit gesprochen?“

„Ich habe ihn deswegen extra besucht, weil mit meiner Tochter darüber gar nicht zu reden war. Ich bat Ewald, einmal mit dem Dr. Schmieder über das Testament zu sprechen, was er als sein guter Freund doch ganz unauffällig tun könne.“

„Erläutete sich der Angeklagte dazu bereit?“

„Jawohl. Er sagte mir aber später, daß er nichts habe tun können, da Dr. Schmieder ein Eingehen auf das Testament abgelehnt habe. Das hat mich verstimmt.“

„Herr Bertram“, fragte diesen jetzt der Verteidiger Dr. Fischer, „hat Herr Schmieder sich etwa bedremdet oder erkrankt gezeigt, als Sie mit ihm sich wegen des Testaments besprachen?“

(Fortsetzung folgt.)

Partei in Halle, Hannover und anderen Orten beweist, vor allem darauf an, sich der Geld- und Propagandamittel der alten U. S. P. zu bemächtigen. Wenn die Linksunabhängigen diese friedliche „Eroberung“ mit Erfolg durchgeführt haben, werden sie, wie auch die auf dem rechten Flügel stehende Berliner „Freiheit“, argwöhnlich, in Halbe den Anschlag an die kommunistische Partei vollziehen und die alte Partei-Bezeichnung den Ledebour-Anhängern nicht mehr freitragend machen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus München erfährt, dürfte die Verschmelzung der Linksunabhängigen mit der U. S. P. nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Die Linke der U. S. P. D. wird im Monat Dezember mit der kommunistischen Partei einen Parteitag abhalten, auf dem die Vereinigung vollzogen und die deutsche Sektion der dritten Internationalen endgültig konstituiert werden soll.

Inzwischen geht der Machtkampf weiter.

Als Dienstag vormittag das Personal des Parteibüros der Neulöcher Unabhängigen mit dem rechtsstehenden Parteisekretär die Büroräume betreten wollte, fanden sie die Eingänge des Hauses von etwa 40 Neukommunisten besetzt, die ihnen den Zutritt verweigerten. Ein ähnlicher „Meberfall“ auf das Berliner Parteibüro wurde mit Hilfe der von den Unabhängigen so sehr angefeindeten Sicherheitspolizei abgeschlagen. Auch in Frankfurt a. M. konnte ein nächtlicher Versuch der Linksunabhängigen, das Parteibüro „Vollrecht“ gewaltsam in ihren Besitz zu bringen, vereitelt werden.

Die Spaltung der Fraktion.

Offen tritt die Spaltung der U. S. P. in den Parlamenten zutage. Im Reichstag hat sich bekanntlich die Fraktion in eine Linke-Gruppe „Eichhorn“ mit 22 Mitgliedern und eine Rechtsgruppe „Ledebour“ mit 59 Abgeordneten gespalten. In der Preussischen Landesversammlung verbleiben in der alten U. S. P. Fraktion 15 Mitglieder. Der neuen linken Gruppe gehören 9 Abgeordnete an. Die Württemberger Unabhängigen teilen den Austritt von fünf der bisherigen Mitglieder der Landtagsfraktion mit. Damit ist die Spaltung der Partei auch in der württembergischen Volksvertretung vollzogen. Im Berliner Stadtparlament zählt die alte Fraktion 65 Mitglieder, die neue unter der Führung Adolf Hoffmanns 21 Stadtverordnete.

Schließlich hat sich auch die „sozialistische Proletariatsjugend“ gespalten. Es hat sich eine „kommunistische Jugendinternationale“ gebildet. Der Zerfallsprozess in der U. S. P. ist damit noch lange nicht abgeschlossen. Die kommunistische „rote Fahne“, die die Moskauer Anhänger zu ihrem Zentralorgan erwählt haben, dürfte voraussichtlich das Richtige treffen, wenn sie mit einem gewissen Triumph schreibt, daß die eigentliche Spaltung bei der U. S. P. erst jetzt beginnt.

Ein salomonisches Urteil.

Der Präsident des Reichstages hat entschieden, daß die aus der Fraktion der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion“ ausgeschiedene Gruppe „Eichhorn“, welche Anspruch auf die alte Bezeichnung erhebt, als „Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (Linke)“ gekennzeichnet wird, während die Mehrheit der bisherigen Namen ohne Zusatz fortführt.

Der englische Grubenstreik.

Vöhung zahlreicher Hochöfen.

Die Lage im englischen Grubenstreik ist unverändert. Zahlreiche Hochöfen mußten gelöscht werden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Arbeiter und Kinos geschlossen werden. Der Personennahverkehr soll, wenn der Streik fortdauert, um 10 Prozent eingeschränkt werden.

Die Bergarbeiter geben nicht nach.

Im Unterhause erklärte der Arbeitervertreter Brace, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine Überproduktion befürchteten. Den Bergleuten müßte die von ihnen geforderte Lohnsteigerung zugestanden werden. Lloyd George erwiderte, die von Brace gemachten Vorschläge seien in mehreren Punkten unklar. Eine Erhöhung der Kohlenproduktion sei notwendig. Die Regierung vertenne allerdings nicht, daß das jetzige System der Entlohnungen verbessert werden müsse. Er sei aber weiterhin bereit, alle Vorschläge zu prüfen, die geeignet seien, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden und die Kohlenförderung zu fördern.

Neue Zusammenstöße in London und Wales.

In London wiederholten sich am Dienstag die Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Beschäftigungslosen. Doch konnten die Demonstranten diesmal nicht bis zum Regierungsbüro vordringen. — In Tonypandy veranstalteten die streikenden Bergarbeiter revolutionäre Umzüge. Als die Polizei einschritt, wurden Steine geworfen und eine Anzahl Fenster zertrümmert, darunter die der Polizeiwache, zertrümmert. Die Menge wurde schließlich zerstreut.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Die „Morning Post“ berichtet, daß das Kriegsministerium infolge des Bergarbeiterstreiks und der Gefahr der Ausdehnung des Ausstandes sämtliche Beurlaubungen der Territorialarmee und der Marine aufgehoben hat. In den britischen Garnisonen und Hafenstädten werden die Truppen alarmbereit gehalten.

Auch unter den französischen Bergleuten gärt es.

Wie die „Liberte“ mitteilt, verlangen die Bergarbeiter des Loirebeckens Lohnsteigerung. Wahrscheinlich würden sich die anderen französischen Bergarbeiter dem Verlangen anschließen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 20. Oktober.

Die Ausweisung Sinowjews und Losowskis.

Ein schneller Antrag Adersold (U. S.) fordert den Reichstag auf, die Reichsregierung zu ersuchen, für sofortige Aufhebung der Ausweisungsverfügung gegen die beiden Russen und für Beseitigung der zugrundeliegenden Gesetzesbestimmungen zu sorgen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) begründet den Antrag. Die Ausweisungen sind offenbar nur der Auftakt zu weiteren Verfolgungen der Arbeiterschaft. Die deutschen Arbeiter werden aber den ihnen durch die Entlohnung vorgeschriebenen Weg unbeirrt weitergehen. (Beifall bei den U. S.)

Minister des Inneren Simons gibt eine eingehende Schilderung des Tatbestandes. Bei der Erteilung der Einreiseerlaubnis war zur Bedingung gemacht, daß die Mitglieder der russischen Gewerkschaftsdelegation sich auf die Teilnahme an den Verhandlungen ökonomischer, sozialer und wirtschaftlicher Art beschränken. Eine politische Betätigung und Teilnahme an politischen Versammlungen sollte nicht zugelassen werden. Letztere Bedingung haben die Herren nicht gehalten. Daher habe ich Herrn Losowski eine Warnung zukommen lassen müssen. Statt in Berlin den Bescheid der italienischen Regierung abzuwarten, ist Losowski nach Halle gegangen; daher hat das Kabinett beschlossen, bei der preussischen Regierung die Ausweisung Losowskis nachzusuchen.

Der Minister berichtet dann über die Verhandlungen mit Sinowjew. Nach Kenntnisnahme der Rede Sinowjews in Halle beschloß das Kabinett, sein weiteres Auftreten durch Veranlassung der Ausweisung zu verhindern. Da wir auf den Wasserweg angewiesen sind, nur eine spärliche Schiffsgelegenheit zur Verfügung steht, soll die Ausweisung zum 23. Oktober erfolgen.

Abg. Ed. Bernstein (Soz.): In dem Falle Sinowjew liegt keine eigentliche Ausweisung vor: die bewilligte Frist war abgelaufen. Sinowjew und Losowski sind nicht als Verfolgte und Unterdrückte zu uns gekommen, sie sind selber Verfolger und Unterdrücker. Das ändert die Sache. Meine Fraktion kann dem Antrag nicht zustimmen. (Den seinen Platz wieder einnehmenden Redner begrüßen die Unabhängigen mit laudenden Zurufen, u. a.: „Schuft!“ Die Mehrheitssozialisten erwidern u. a.: „Blutiger Hund!“)

Abg. Wille (Dnt.): Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hält die Ausweisung dieser beiden russischen Verbrecher für eine selbstverständliche Pflicht der Regierung. Wir bedauern, daß man die beiden Herren überhaupt hereingelassen hat. Wir brauchen keine russischen Juden bei uns. Deutschland darf nicht als Versuchsanstalt für russisch-bolschewistische Experimente dienen.

Abg. Dr. Bött (Ztr.): Wir wollen mit dem russischen Volke in gutem Einvernehmen leben. Die Regierung hat gut und weise gehandelt, als sie die Erlaubnis zur Einreise gab. Keine Regierung kann aber dulden, daß zum Bürgerkrieg gehetzt wird.

Die Abg. Petersen (Dem.) und Marek (D. Sp.) halten ebenfalls die Ausweisung für berechtigt.

Nach einer endlosen Protestrede des Linksunabhängigen Koenen wird die Ausweisung beschlossen und der Antrag der Unabhängigen abgelehnt.

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht geht an einen Ausschuss. Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 27. Oktober, 1 Uhr: Interpellation über die Dieselmotoren und das Ergebnis der Entwaffnungsaktion.

Preuss. Landesversammlung.

— Berlin, 20. Oktober.

Wahl Dr. Löwensteins.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der deutschnationalen Anfrage wegen der Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat von Groß-Berlin.

Abg. Dr. Ritter (Dnt.) begründet die Anfrage: Dr. Löwenstein ist als Parteipolitiker und nicht als Sachmann auf den Platz gekommen. (Sehr richtig! rechts.) Schärfter Kampf gegen die Erziehung ist sein Hauptbandpunkt. (Hört! hört! rechts.) Wir wehren uns dagegen, daß deutsche Kinder einem Manne ausgestellt werden sollen, der seelisch ganz anders gebaut ist. (Lebhafter Zustimmung rechts. Lärmende Zwischenrufe bei den U. S. und den Soz.)

Abg. Brücker (Soz.): Man sollte nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. (Stürmisches Gelächter.) Wir richten uns nach dem Grundsatz: Freie Wahl dem Tüchtigen! (Wiederholtes Gelächter.)

Abg. Dr. Heß (Ztr.): Löwenstein sollte selbst das Gefühl haben, daß er auf den unrichtigen Platz gestellt ist. Die Wirkung des Falles Löwenstein wird in Süddeutschland, Schlesien und dem Rheinland nicht ausbleiben. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Dominicus (Dem.): Wir wehren uns gegen Löwensteins Wahl, weil er kein Sachmann ist. Durch eine solche Wahl erhält der Antisemitismus nur neue Nahrung.

Abg. Hellmann (D. Sp.): Die ganze Frage hat sich zum staatspolitischen Problem ausgewachsen. Aus allem folgt, daß die Bestätigung verweigert werden muß. (Beifall rechts.)

Abg. Leid (Rechts-U. S.): Das Minderumt erhebt sich bei diesem Vorstoß aufs neue. Sie (nach rechts) bekämpfen auch nicht den Juden oder Dissidenten, sondern den Sozialisten Löwenstein.

Abg. Koch-Deynhausen (Dnt.): Wir können an der Spitze unseres Schulwesens nicht einen Mann dulden, der die Religion bekämpft. Es geht um unsere Jugend! (Beifall rechts.)

Die Anfrage wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Gruppen dem Gemeindevorschuss überwiesen.

Politische Mundschau.

* Infolge der sinnlosen Viehabachtung nach Aufhebung der Fleisch-Rationierung wird die Wiedereinführung der Fleischbewirtschaftung erwogen.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ sind von benachteiligten polnischen christlich-sozialen Arbeiterpartei gekauft worden. Posener hat dadurch nur noch zwei deutsche Zeitungen, das „Posener Tageblatt“ und die „Posener Warte“.

Die Feindseligkeiten zwischen Sowjetrußland, Polen und der Ukraine sind Dienstag nacht eingestellt worden. Minsk wurde von den Bolschewiken, Klein von den Ukrainern besetzt.

Die bekannte englische Frauenrechtlerin Sylvia Pankhurst wurde wegen eines Heftartikels in ihrem Hute verhaftet.

Die englische Regierung hat beschlossen, ebenso wie im vorigen Jahre am Tage des Waffenstillstandes, dem 11. November, vormittags 11 Uhr, zwei Minuten lang jeden Verkehr ruhen zu lassen.

Deutschland als Sitz des internationalen Bergarbeiterkongresses. Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet, daß der Niederländische Bergarbeiterverband an den Internationalen Bergarbeiterbund das Ersuchen gerichtet hat, im Hinblick auf den tiefen Stand der Währung einzelner Länder den nächsten Kongress der Ausschussmitglieder des Bundes in Deutschland und nicht, wie vorgesehen, in England abzuhalten.

Der Geist der Versöhnung. Die Professoren und Dozenten der englischen Universität Oxford haben an die Professoren der Kunst und Wissenschaft, inwiefern die Mitglieder der Universitäten und wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland und Österreich ein Schreiben gerichtet, in dem sie um Wiederaufnahme der Beziehungen und baldige Wiederherstellung der früheren Freundschaft bitten. Aus dem Schreiben sind folgende beachtenswerte Ausführungen hervorgehoben:

„Daher treten wir unterzeichneten Dozenten, Hausvorstände, Professoren und übrigen Beamten und Lehrer der Universität Oxford jetzt persönlich mit dem Wunsch an Sie heran, die Erbitterung und feindselige Gesinnung, die unter dem Antriebe lokaler Vaterlandsliebe zwischen uns entstanden sein mögen, zu zerstreuen. Auf dem Gebiete, wo wir ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Begeisterung haben, und wo unser Wettbewerb und unser Ehrgeiz edelmütig sind, können wir sicher auf Versöhnung hoffen, und die Kameradschaft der Gelehrsamkeit bietet einen Weg, der zu einer weiteren Sympathie und zu einem besseren Verständnis zwischen unseren verwandten Nationen führen kann und, wenn unsere geistigen Ideale lebendig sind, führen muß. Während politische Zuträufel die edle Möglichkeit der großen europäischen Staaten zu verschlingen droht, wollen wir jene freundschaftliche Wiedervereinigung beschleunigen helfen, die die Zivilisation erfordert.“

Dieser entgegenkommende Schritt wird den englischen Gelehrten von der französischen Presse sehr übel genommen. Doch werden sich die Oxford-Professoren durch dieses feindselige Verhalten in ihrem Entschluß kaum irren machen lassen.

Deutschland kommt seinen Verpflichtungen nach. Im englischen Unterhause erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehe, und daß sich die britische Regierung mit der Beurteilung des ehemaligen Deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde. Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schritte abgelehnt habe, und daß Deutschland in weitestgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kostenabkommen nachgekommen sei. — Auch in Italien ist man mit der bisherigen Durchführung des Spa-Abkommens zufrieden. Deutschland habe seine Verpflichtungen nahezu völlig eingehalten. (Italien erhält monatlich 200 000 Tonnen überschüssiger Kohlen.)

11 Milliarden jährlich für die Reichsbeamten. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag zum Gesetzentwurf über die Änderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 eine Begründung zugehen lassen, nach der sich der jährliche Aufwand für die Besoldung der Reichsbeamten (Grundbesoldung, Orts-, Kinder- und Teuerungszuschläge, Betriebszulagen für Eisenbahnbeamte) nach dem Stande des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 auf über 10 Milliarden Mark stellt. Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfes Neuaussagen in Höhe von jährlich mehr als 800 Millionen Mark. Eine Delation für diese Mehrkosten ist zurzeit nicht vorhanden, und es wird bei der außerordentlich ernststen Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, sie zu finden. Jedenfalls erscheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Änderungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, die einen nennenswerten Mehraufwand verursachen würden.

Waffendurchsuchungen im besetzten Gebiet. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizei- und Gendarmeriepatrouillen und behaupteten, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen- und Munitionslager befänden. Eine bis auf die kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Wände eingestrichen wurden, erwies die Haltlosigkeit der Behauptung. — Wir können uns nicht erinnern, daß die Franzosen in Ober-Schlesien bei der Ermittlung der zahlreichen polnischen Waffenlager eine ähnliche „Gründlichkeit“ an den Tag gelegt hätten.

Die „teuern“ Kriegsgesellschaften. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Stubmann hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Nach einer Meldung der in Stuttgart erscheinenden „Süddeutschen Zeitung“ Nr. 240 hat der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Teile und Fette zu Berlin die Mitglieder seines Unterausschusses für fettlose Waren am 23. und 24. September d. J. zu einer Besprechung nach Baden-Baden eingeladen. Die Erschießungen sollen am Tage abends 250 Mark täglich und überdies noch freie Bahnfahrt erster Klasse erhalten haben. Ist die Reichsregierung in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, ob diese Zeitemeldung richtig ist? Ist sie zutreffendenfalls bereit, den Fall zu prüfen und dergleichen Auswüchsen der immer noch bestehenden Organisationen der Kriegswirtschaft mit scharfen Mitteln ein Ende zu machen?“

Sollten die Angaben auf Wahrheit beruhen, dann wären diese Tatsachen wieder ein neuer Beweis dafür, daß die Kriegsgesellschaften der Krebsgeschaden des deutschen Wirtschaftslebens sind. Man kann der Regierung nur dringend empfehlen, den Kriegsgesellschaften so schnell wie möglich endlich den Garau zu machen.

Aus

die uns die erste sturz gefolgt, geworden, um sich her. Ein den Nächsten reichende liegt Gärten zeigt trägt, sind es der ersten Malen bringen. Winter 1919, diesmal wieder um den 20. Sommer einer erweist jetzt er auch so fargen Jahren der aber meist ba Weiter folgt. eine nennens dafür die auf baldige Tagen von e beherrscht, das vorgeordnungen das in der hol. Derpreß durch wech Innern des auf Mittlem neuerdings id auch mittags

an geschäft fröhlichen Beldommen.

Fl. G. Geflügelzucht in Laasphe — die Turn Ausstellung geflügelzucht immer mehr jung ist, fonz erzielt werden

Der So übernommen von allen S Händen des Talent hier e tiere waren a die Preisricht Weisbauer 2 Das war be Material man wierungsmu die betreffend stellungsiere Breile und noch die Gell möglich.

Am So Herren Preis des ausgeh des Kreisvert Er begrüßt und denen, d Ausstellungen Ausstellung i des Kreiss so zeitweilig so lassen verme noch fagen G geleitet vom über das W Verlosungsto veränderte da nahm Herr S Im Anschluß Er führte un zurückgegang weniger gah wirtschaftliche könne. Auf teilen. Es Gegenden ei nicht für red erieren. Er wißt auch f geigten Silberbradel schwerer gegü gut eingefüh länder. Es sich mit sein finden; befo hält auch d Die Entenzu sind die Lan bringen.

Dann sprach den er die Halm besetzen, das Leger find. Auchstation Erfordernis vor, empfehle und Presse. für die Voll der beiden B Versammlung Stunden ge Montag wa sich auch kan der B und hat die zucht aufgef Mit de



Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Abend 10 Uhr nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meinen innigst geliebten Gatten, unsern guten, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Schlosser

Friedrich Schaefer

im 59. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigt an mit der Bitte um stille Teilnahme Namens der trauernden Hinterbliebenen:

**Frau Emilie Schaefer geb. Becker
nebst Kindern**

Niederlaasphe und Augustenhof, den 21. Oktober 1920.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr statt.



S. G. V.

Abteilung Laasphe.

Samstag den 24. 10. 20.

Wanderung

nach Diepholz.

Abmarsch 9 1/2 Uhr vom

Wittgensteiner Hof.

Stadtfachverpflegung.

Frei auf!

Der Wanderrat.



Turnverein Laasphe.

Samstag abend 9 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal Café

Notz.

Der Vorstand.

Laasphe Lichtspiele

Samstag den 24. Oktober,
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr

Die Operette

Das Dreimäderlhaus

mit der gleichnamigen Musik der Operette,
ausgeführt von

Kapelle Henkel-Wallau.

Malheurchen No. 8.

Schärfst brolliges Lustspiel.

Mesterwoche.

Es ladet hül. ein Paul Fuchs.

Gasthof Koch

Bekanntmachung.

Eine Anzahl Separationsbeteiligter ist mit Zahlung der Zins- und Tilgungsbeiträge für das Jahr 1919 noch im Rückstande. Es ergeht hierdurch die Aufforderung, die Beiträge bis zum 1. November d. J. an den Rentanten Eduard Schuppert hier einzuzahlen, widrigenfalls die zwangsweise Beitreibung erfolgen wird. Laasphe, den 20. Oktober 1920.

Der Kulturamtsvorsteher.

v. dem Hagen, Regierungsrat.

Schuhmacher-Zwangs-Innung des Kreises Wittgenstein.

Versammlung

in Berleburg, Hotel zum Bahnhof, Montag
den 25. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr.

1 Uhr Vorstandssitzung.

Sämtliche Schuhmachergesellen sind zur Wahl eines Gesellenausschusses hierzu eingeladen. Laasphe, den 18. Oktober 1920.

Friedr. Schäfer, Obermeister.

Das rühmlichst bekannte

„Krombacher Pilsener“

ist wieder zu haben!

Emil Dürsch, Wittgensteiner Hof,
Erndtebrück.

Kontoristin

die perfekt auf der Schreib-
maschine ist, sofort gesucht.
Ausführliche Angebote unter
S. M. an die Geschäftsstelle
der Wittgenst. Ztg. erbeten.

Zum 1. Januar ein

Mädchen

gesucht.
Frau Dr. Schumann,
Laasphe.

Suche fleißiges, in allen
Haus- und Gartenarbeiten
erfahrenes

Mädchen

bei hohem Lohn und guter,
reichlicher Verpflegung zum
1. November. Angeb. an
Frau Grete Selber,
Puderbach (Wittgenst.),
Gasthof Rothe.

Prima Carbid

für die Beleuchtung empfiehlt
C. Grädelbach,
Weisweid.

Freische holländische Vollheringe

empfiehlt
Ludwig Grohmann,
Bäder,
Erndtebrück.

Ein junger **Teckelhund**
und mehrere **junge**
Enten zu verkaufen
bei

Landwirt Dietrich,
Weide 5, Erndingen.
Mittelhagen.

Pferd

160 aroh, harter Käufer,
mit Wagen und Geschirre
zum Preise von 11000 M.
zu verkaufen.

August Schenk,
Weisweid,
Schiffbergstraße.

Religiöser Anzeiger
Evangelischer Gottesdienst
in Laasphe.

21. S. nach Trin. 24. Okt.
Vorm. 10 Uhr: P. Bauer.
11 1/2 Uhr: Kinder Gottesdienst.
Vorm. 10 Uhr in Niederlaasphe
Gottesdienst und Abendmahl-
feier: P. Adams.
Samstag 1. d. evgl. l. u. r.
Gastverein.

Große öffentliche Versammlung

findet am Sonntag den 24. Oktober 1920, 8 Uhr
abends im Dösch'schen Saale in Laasphe statt.
Referent: Kamerad Rüh, Gauleiter der Provinz
Westfalen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten u.
Thema: Die Kriegssopfer im neuen Deutschland.
Jedermann ist eingeladen.

Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten,
Laasphe.

Grosse öffentliche Versammlung

findet am Sonntag den 24. Oktober 1920, 3 Uhr
nachm. im Saale des Gastwirts Dösch in Laasphe statt.
Referent: Kamerad Rüh, Gauleiter der Provinz
Westfalen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten u.
Thema: Die Kriegssopfer im neuen Deutschland.
Jedermann ist eingeladen.

Ortsgruppe Banse.

Ia.

Bittauer Speisezwiebel

hat preiswert abzugeben

Carl Grebe I., Wallau a. L.

Fernsprecher 167 Amt Biedenkopf.

Öffentliche Wiesenversteigerung.

Am Montag den 25. Oktober, nachm. 6 Uhr
werde ich in Rüter's Hof neben dem Amtsgericht
die den Bürgermeister Henke'schen Erben gehörige Wiese
Flur 26 Nr. 25 im Sönnernbach,
Größe: 1 ha, 24 ar, 37 qm
Grundbuch von Laasphe Band XVI Blatt 775

öffentlich meistbietend versteigern.
Auskunft im Wittgensteiner Hof.
Versteigerung jeder Zeit.

Dr. v. Sigfeld,
Rechtsanwalt und Notar.



Habe Montag den 25. Oktober
eine Auswahl

Serkel u. Läufer Schweine

zum Verkauf und lade Käufer höflich ein.

Wunderlich, Seudingerhütte.

Für Herbst und Winter

empfehle mein reichhaltiges Lager in
fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe

Compl. Anzüge

einzelne

Joppen, Hosen

und

Westen

Wester, Paletots

und

Bozener Mäntel

in verschiedenen

Fassons

Knaben-Anzüge

in Wolle

und Manches

solche

gestrichte Anzüge

u. Sweater

Ständig großes Lager

in

Anzug-, Mantel- und Kostümfstoffen

solche

Sportstrümpfe, Wickelgamaschen, Hosenträger

Schlipse, Leinen- und Dauerwäsche.

Laasphe

Fr. Loos I.

Räucher- apparate

aus Ia. verzinkt. Eisenblech
werden in eigener Werkstatt
in jeder Größe fachgemäß
und zu annehmbaren Preisen
hergestellt.

Karl Briel,

Klempnerei,

Laasphe i. W.

Brennholz

jede Menge zu kaufen
gesucht. Angebote mit
Preis pro 10000 kg an
Josef Boß, handl.,
Damm i. W.,
Fernruf 157.

Bis Samstag mittag
zahle ich für

Weißblei

frei hier 5 Mark per Tilo.
Karl Stauchmiedt,
Laasphe,
Tel. 63.